

Bonusbeitrag zu SKZ 16/2025

*Interview in voller Länge  
Mit Prof. Dr. Antonius Liedhegener<sup>1</sup>*

### **«Wir erleben die Rückkehr der Religionspolitik»**

***Die Zahl der Nones wächst in unserer Gesellschaft, dennoch sprechen manche von einer Rückkehr der Religion. Die SKZ schaut mit dem Politikwissenschaftler Antonius Liedhegener genau hin.***

**SKZ: Herr Liedhegener, ich schaue mit Ihnen zunächst auf den Begriff «Religion». Wie definieren Sie Religion?**

*Antonius Liedhegener:* Diese grundlegende Frage treibt die moderne Religionsforschung seit ihren Anfängen an. Die Frage nach dem Begriff ist deshalb so wichtig, weil damit Vorentscheidungen getroffen werden, worüber diskutiert wird und was in den verschiedenen religionsbezogenen Wissenschaften erforscht werden muss. Die berühmte Studie «unsichtbare Religion» von Thomas Luckmann wollte sich von der gängigen, damals noch stark christlich bzw. kirchlich geprägten Vorstellung von Religion lösen und sah Religion überall dort am Werk, wodurch Menschen ihrem Leben Sinn verleihen bzw. mit der Unverfügbarkeit des Lebens und den damit einhergehenden Kontingenzerfahrungen umgehen. Für Luckmann konnte ein beglückendes Shopping-Erlebnis daher zur Religion werden. Religion wird nach diesem funktionalen Definitionsansatz zu einem höchst individualisierten Phänomen.

Man sollte aber Sinnstiftung und Religion nicht voreilig in eins setzen. Darauf haben so unterschiedliche Religionsforscher wie Hans Joas und Detlef Pollack hingewiesen. Unter den Bedingungen der Moderne mit ihren hohen Freiheitsgraden für den einzelnen Menschen gilt: Die Kontingenzfrage, der Umgang und die Bewältigung mit und von Glückserfahrungen wie auch Leid und Tod, bleibt niemandem erspart. Ob die Antwort darauf in einer bestimmten Religion gefunden wird, ist letztlich eine Entscheidung. Der Glaube an eine transzendente Grösse, sei es im Sinne der

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. phil. habil. Antonius Liedhegener (Jg. 1963) ist Professor für Politik und Religion am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) an der Universität Luzern. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Politik und Religion in liberalen Demokratien, Religionspolitik, Religion und Kirchen, Religion und Zivilgesellschaft.

christlichen Botschaft des dreieinen Gottes, des Islams oder einer anderen religiösen Überlieferung der Menschheit, ist grundsätzlich zu einer Option unter anderen geworden. Das gilt in der Praxis freilich im vollen Umfang nur in jenen Staaten, die die Religions-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit gewährleisten. Jede und jeder kann hier eine Religion oder einen Glauben ergreifen – muss es aber eben nicht.

Im bislang Gesagten scheint noch ein zweiter Aspekt auf, der die Frage der Religionsdefinition stark bestimmt. Religionsdefinitionen unterscheiden sich neben der Frage von Immanenz und Transzendenz auch danach, welche Rolle das Individuum bzw. die Gemeinschaft spielt. Der Theologe Friedrich Schleiermacher verlagerte am Beginn der klassischen Moderne um 1800 die Religion in das Gefühl des *Einzelnen*. Max Weber sah die durch den calvinistischen reformatorischen Glauben aufgeworfene Frage nach der Erlösungsgewissheit des *Einzelnen* als Auslöser für die Entstehung des modernen Arbeitsethos und folglich Antrieb für die sich daraus ergebende Rationalisierung der Welt einschliesslich der Autonomie von Wirtschaft und Politik. Émile Durkheim und später Talcott Parsons haben auf die Bedeutung der Gemeinschaft und die eigenständige, dem Individuum wie der Gesellschaft zum guten Teil vorgegebene Wirksamkeit von kulturell-religiösen Überlieferungen abgehoben. Meine Position ist: Wenn man in modernen bzw. heute muss man sagen hochmodernen Gesellschaften sinnvoll über Sinn und Kontingenzbewältigung und die Rolle von Religion darin sprechen und forschen will, muss man den Religionsbegriff weit, aber gleichzeitig mit Verweis auf den Transzendenzbezug aller Religion klar abgegrenzt verwenden. In unserer Publikation «Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung» haben Jens Köhrsen und ich Religion daher ohne Anspruch auf eine besondere Originalität definiert als «individuelle, kollektive, organisatorische und/oder institutionelle Ausdrucksformen und Verhaltensweisen, in denen sich die Zugehörigkeit, die Praktiken und die Glaubensansichten auf eine oder mehrere übernatürliche oder transzendente Entität/en hin ausprägen.»<sup>2</sup>

### **Wann zeichnet sich in der Geschichte ab, was wir heute in Europa unter Religion verstehen?**

Die Verwendung des Wortes Religion ist sehr alt. Das Wort hat seinen Ursprung im Lateinischen, wobei zwei Verben als Ursprung im Hintergrund stehen (religare, zurückbinden; relegere, erneut durchdenken). Im römischen Reich bezeichnete das Wort religio anfangs die angemessene oder gebotene Verehrung der Götter, meist bezogen auf die Hausgötter einer Familie. Sein damaliger Sinn war also recht eingegrenzt und entsprach kaum seiner späteren oder gar heutigen Verwendung als einem allgemeinen, kulturübergreifenden Begriff. Die Geschichte des Wortes, seines Inhalts und seiner Verwendung von der späteren christlichen Antike über das Mittelalter und die frühe Neuzeit hin zur Moderne und heutigen Hochmoderne ist

---

<sup>2</sup> Liedhegener, Antonius / Köhrsen, Jens (Hg.), Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung, Zürich 2024, 25.

verschlungen und facettenreich. Die wissenschaftlichen Arbeiten dazu füllen einige Bibliotheksregale. Man wird der Frage also kaum mit einigen wenigen Zeilen vollumfänglich gerecht. Ich fokussiere im Folgenden daher auf die Entstehung der Optionalität von Religion. Diese Wählbarkeit der Religion ist ein spezifisches Produkt unserer modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften.

Seit Beginn des kulturellen Austausches in und zwischen den frühen Hochkulturen der Menschheit machten Menschen die Erfahrung, dass es viele Götter und viele Glaubensvorstellungen in den Stammesgesellschaften, Völkern und Nationen gibt. Die Bibel und speziell schon ihr erstes Testament legt bis heute ein beredtes Zeugnis von der frühen Vielfalt der Religionen ab. Bekanntlich entzündeten und entzündeten sich entlang dieser religiösen Unterschiede immer wieder Konflikte und Kriege. Es gab auch in Zeiten, in denen man es heute kaum vermuten würde, immer wieder Menschen, die wie der Hl. Franziskus das Gute im anderen Glauben und den Austausch etwa mit dem Islam schon zu Zeiten suchten. Gleichwohl: Es gibt eine bleibende qualitative Differenz der Religionsbezüge dieser Zeit zum heutigen Religionsbegriff. Die wechselseitige Wahrnehmung der je anderen Glaubensgemeinschaften erfolgte vor der Moderne immer vom Fundament des eigenen Glaubens aus. Die Wahrheit des eigenen Glaubens galt als bewiesen und unumstößlich. Selbst die Reformation, die von vielen Autoren gerne als Beginn des neuzeitlichen Religionsverständnisses angeführt wird, macht da keinen Unterschied. Sie steht ganz in dieser älteren Linie. Luther vertrat im Gefolge der sich durchsetzenden Reformation konsequent den einen wahren Glauben und kontrastierte den Katholizismus wie auch die 'anderen' Religionen als falsch und/oder fremd und abwegig. Calvin und Zwingli taten es ebenso.

Nach meiner Ansicht entspringt der moderne Religionsbegriff zwei zentralen Ereignissen der politischen Praxis. Erschöpft von einem dreissigjährigen Krieg der Konfessionen und Nationen im Herzen Europas einigte man sich im Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück 1648 erstmals und dauerhaft darauf, dass die Frage der *wahren* Religion im Konzert der europäischen Mächte politisch nicht mehr zu entscheiden sein soll, d.h. keinen Kriegsgrund mehr darstellen soll. Dahinter steht eine enorme gedankliche Abstraktionsleistung, denn für diese politische Befriedung des Kriegs um religiöse Wahrheiten musste man sich auf einen Standpunkt ausserhalb nicht nur der eigenen, sondern auch jeder anderen Religion stellen. Das war neu und bahnbrechend. Was der Westfälische Frieden für die internationalen Beziehungen geleistet hat, haben die demokratischen Revolutionen in den USA und in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts erstmals in der Innenpolitik zum Prinzip erhoben. Die Bürgerrolle wird von der Rolle des Gläubigen getrennt, um ein pluralistisches, demokratisches Gemeinwesen aufbauen zu können. Der Schlüssel dazu ist die verfassungsrechtlich verbrieft Religionsfreiheit. Politik und Religion werden damit klar unterschieden, und Staat und Kirche sollten entflochten werden, wobei dies bekanntlich Unterschiedliches meinen konnte. Man sieht, warum dies zum modernen Religionsbegriff geführt hat: Religion wird zu einem Feld des Gesellschaftlichen unter anderen und sie ist als solche erst so von einem externen Standpunkt aus

beobachtbar. Das erst erlaubte die dann rasch einsetzende Verwissenschaftlichung der Beschäftigung mit Religion im heutigen Sinne, d.h. eine objektivierende Analyse jenseits der Eigenperspektive der jeweiligen Gläubigen.

Für diese erzielte politische Leistung der Befriedung von religiösen Konflikten zum Nutzen eines demokratischen Gemeinwesens gibt es allerdings keine Ewigkeitsgarantie. Vor dem Hintergrund dieser historischen Linie einer Freiheitsgeschichte, die die westliche Moderne trotz aller Rückschläge und Abstürze in menschenverachtende Diktaturen im 20. Jahrhundert war und ist, wird sichtbar, warum den aktuell unter Intellektuellen hoch geschätzten konstruktivistischen und postkolonialen Diskurse ein beträchtliches Gefährdungspotenzial innewohnt. Neben ihrem berechtigten emanzipatorischen Impuls für die Opfer der Modernisierung gerade im globalen Süden ist die Argumentationsfigur der Exklusivität der Betroffenheit doch sehr gefährlich für die Demokratie: Argumente wie die Unkritisierbarkeit der Erfahrungen und Forderungen bestimmter Betroffenengruppen oder die Illegitimität jeglicher kultureller Aneignung zerstören in dieser Zuspitzung die rationalen Grundlagen eines demokratischen, am Grundsatz eines ethischen Universalismus orientierten Miteinanders in Vielfalt. Gruppenidentitäten erhalten im politischen Kampf wieder einen exklusiven, andere ausschliessenden Bekenntnischarakter, den die pluralistische Demokratie des 20. Jahrhunderts meinte, wenn nicht überwunden, so doch befriedet zu haben. Die erfolgreiche Aussöhnung der einst tief verfeindeten Konfessionen in der Schweiz ab ca. 1950 macht die realpolitische Bedeutung dieses Vorgangs der allgemeinen Humanisierung durch Wertgeneralisierung in Form von Menschen- und Grundrechten in einer demokratischen Ordnung unmittelbar einsichtig.

### **Seit Beginn des 3. Jahrtausend ist die Rede von Rückkehr der Religion. Inwieweit entspricht das objektiven Tatsachen?**

In einer sehr allgemeinen Betrachtung sind zwei Dinge zu unterscheiden. In grossen Teilen der Welt wird man nicht von einer Rückkehr der Religion(en), sondern besser von einem Wachstum der Religionen in quantitativer Hinsicht sprechen müssen. Ein ganz wesentlicher Grund liegt in der Demografie. Während die Gesellschaften des Nordens im Zuge von Industrialisierung und Modernisierung einen demografischen Übergang zu Familien mit weniger Kindern aufweisen und zugleich mit der längeren Lebenserwartung zunehmend altern, ist die globale Süden jung und dynamisch. Die Bevölkerung des globalen Südens wächst und mit ihr die Zahl der Menschen, die einer der vielen Religionen dieser Erde angehören. Der Religionssoziologie Peter Berger, einst Verfechter der Säkularisierungsthese, hatte dies Entwicklung im Blick, wenn er gegen Ende seines Forscherlebens die These von «den vielen Altären der Moderne» vertrat. Davon abgesehen: Weltweit gibt es in ausgewählten Fällen auch so etwas wie eine punktuelle Rückkehr von Religion: In Russland haben erst das Ende des Kommunismus und dann die Herrschaft Putins dazu geführt, dass die russisch-orthodoxe Kirche eine gewisse Renaissance erlebt hat, jedoch ohne dass sie zurück zur alten Grösse während des zaristischen Russlands zurückgefunden hätte. In China

könnte man vielleicht von einer gewissen Rückkehr der Religion sprechen. Bei näherer Betrachtung leben aber nicht so sehr die religiösen Traditionen des alten Chinas auf. Vielmehr wachsen christliche Gemeinschaften, auch als Form des politischen Protests gegen das kommunistische Einparteiensystem. Es scheint aber, als sei die chinesische Regierung mittlerweile fest entschlossen, auch diese im Vergleich zur Bevölkerungszahl Chinas noch sehr überschaubare Bewegung hin zum Christentum wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Repressionen sind zahlreich.

Von dieser ersten Antwort zur vermeintlichen Rückkehr der Religion hin zum religiösen Wachstum im globalen Massstab ist die zweite Antwort für unseren eigenen Lebenskreis zu unterscheiden. Hier würde ich nur in einem ganz spezifischen Sinn von einer partiellen Rückkehr der Religion sprechen wollen. Es gibt eine spezielle Art der Rückkehr der Religion. Es handelt sich um die Rückkehr der Religion in die Politik liberaler Demokratien. Diese Antwort mag überraschen. Warum ist das so?

Zunächst: Die Säkularisierung als Entkirchlichung ist der Megatrend. Sie ist in unseren Breiten eine Realität, die sich nicht leugnen lässt. Wer Studien wie «Religionstrends in der Schweiz» oder die sechste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung für Deutschland gelesen hat, weiss, dass der Niedergang der Kirchen und mit ihnen des Christentums seit Jahrzehnten recht kontinuierlich verlaufen ist und mittlerweile einen äusserst beachtlichen Umfang angenommen hat. Schaut man auf die Fähigkeit zur Selbstreproduktion der Institution Kirche, so kommt man zu dem Schluss, dass diese – etwa bei der Zahl der Priester, Pfarrer und Seelsorgenden – zu einem Problem geworden ist. Kirchen schliessen, Kirchgemeinden werden zusammengelegt, grosse Pastoralräume entstehen, die einmal mehr die Frage nach der Verankerung der Kirchen im Alltagsleben der Menschen aufwerfen. Da sind Lücken entstanden, die sich nicht mehr schnell schliessen lassen werden. Ausgenommen von dieser Entwicklung sind bis zu einem gewissen Grad nur die zahlenmässig kleinen, aber oftmals sehr agilen kleineren christlichen Gemeinschaften, gemeinhin als Freikirchen bezeichnet. Aber auch sie gewinnen nicht im grossen Stil in der Schweiz oder ihren Nachbarländern neue Gläubige. Der religiöse Wettbewerb um Mitglieder spielt sich zu grossen Teilen im eigenen Biotop der freikirchlich orientierten Christen ab.

Neue Formen von Religiosität oder Spiritualität – sei es christlich oder post-christlich – sind bislang nur in einem sehr kleinen Umfang entstanden bzw. hatten wie die Esoterikwelle der 1990er Jahre nur kurze Konjunkturen. Wer den Kirchen heute den Rücken kehrt, hat in aller Regel auch mit der Religion im hier verwendeten Sinne allgemein gebrochen. Die Frage nach einem Gott und einem Leben nach der irdischen Existenz hat mehr oder weniger schleichend ihre Plausibilität und Relevanz im Alltagsleben verloren oder wird offen abgelehnt oder verneint – zumeist aus weltanschaulich-ideologischen Gründen. Der Anteil derjenigen Menschen ohne Religionszugehörigkeit wächst seit Jahren und hat in der Schweiz, angetrieben durch die Austrittswelle im Gefolge des Missbrauchsskandals erst der katholischen und jetzt auch der reformierten Kirche, nach den Daten des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2024 die 40-Prozentmarke überschritten. Der Anteil der Mitglieder der beiden grossen

Kirchen an der Gesamtbevölkerung ist hingegen 2024 erstmals unter die Marke von 50 Prozent gesunken. In Demokratien und speziell in der halbdirekten Demokratie der Schweiz mit ihren wiederkehrenden Volksabstimmungen ist dies eine psychologisch wichtige Marke, denn sie trennt Mehrheiten von Minderheiten.

Religiöse Minderheiten anderer 'Weltreligionen' haben hingegen gegen den Trend des Christentums in der Schweiz zugenommen, allen voran muslimische Gruppen unterschiedlicher regionaler Herkunft. Ihr Anteil an der Bevölkerung wächst. Der wesentliche Grund dafür ist die internationale Zuwanderung in die Schweiz als Arbeits- wie auch Fluchtland. Die meisten dieser Menschen bringen ihre alte Religion in die neue Heimat Schweiz mit. Die Religionswissenschaft hat immer wieder gezeigt, dass sich in der Zuwanderung die Herkunftsreligion unter den Migrierten allgemein verstärkt, weil die eigene religiöse Tradition eine emotionale wie organisatorische Hilfe bietet, sich im Aufnahmeland zu orientieren und zu etablieren.

Dieser Rückgang des geliebten Christentums, die Erfahrung zugewanderter Religionen und speziell die zunehmende Bedeutung 'des Islams' führen zur 'Rückkehr der Religion' in die Politik. Diese neue religiös-weltanschauliche Vielfalt westlicher Zuwanderungsgesellschaften fordert heraus und will gestaltet sein.

### **Was kehrt genau zurück?**

Das ist die entscheidende Frage. Bleiben wir für diese Frage weiter in Europa bzw. der Schweiz. Auf den Punkt gebracht: Wir erleben die Rückkehr der Religionspolitik. Religionspolitik soll hier bedeuten, dass der Staat auf der Basis von Mehrheitsentscheiden und Gesetzgebungsverfahren sein Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften und deren Rolle im öffentlichen Raum aktiv zu regeln sucht. Damit entfernt man sich von der Religionsfreiheit als regulierendem Prinzip der Verfassung. Die Schweiz hat für diese neue Religionspolitik westlicher Demokratien international beachtete Beispiele geliefert. Zu erinnern sind die Abstimmung zum Verbot des Baues neuer Minarette in der Schweiz von 2009 und die Annahme der Verhüllungsverbotsinitiative 2021. Weniger prominent, aber sachlich gleich gelagert ist jüngst das erfolgreiche Referendum zur Verhinderung eines muslimischen Gräberfeldes auf dem Friedhof von Weinfelden im Kanton Thurgau. Solche Religionspolitik bedeutet die Politisierung von religiösen Zugehörigkeiten im öffentlichen Kampf um Abstimmungsmehrheiten. Zur Debatte steht die öffentliche Rolle bzw. die Entfaltungsmöglichkeiten von Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum. Diese Art politischer Auseinandersetzung sind sehr konfliktiv und greifen in das Miteinander der Menschen im Alltag ein. Wir können den kausalen Zusammenhang zur Religionspolitik mangels Finanzierung einer geplanten Umfrage durch den Schweizerischen Nationalfond (SNF) noch nicht empirisch exakt beweisen, aber in unserer bevölkerungsrepräsentativen Pilotumfrage zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz vom Herbst letzten Jahres hat sich gezeigt, dass die Einwohner der Schweiz beim gesellschaftlichen Zusammenhalt eine deutliche

Verschlechterung ausmachen. Für die Gegenwart bewerten sie ihn durchs Band als eher schlecht. Das sollte zu denken geben.

### **Nehmen Sie auch neue religiöse Phänomene wahr?**

Bislang hat man sich bei dem Versuch, neue religiöse Phänomene auszumachen, vor allem auf religionsnahe Bereiche konzentriert: New Age, Esoterik, meditative Praktiken, neue Spiritualität. Sobald man jenseits von Fallstudien zu mehr oder weniger spektakulären Einzelfällen sich diesen zumindest in Teilen neuen Phänomenen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung annähert, ist der Befund recht eindeutig. Es gibt all dies, aber diese alternativen Formen ersetzen innerhalb der Gesellschaft in keiner Weise jenen Beitrag, den das Christentum und die Kirchen geleistet haben bzw. in Teilen noch leisten. Ich denke, man sollte anders schauen: Wenn allenthalben von Polarisierungen, Bedrohungsängsten und um sich greifenden Verschwörungserzählungen in der Gesellschaft die Rede ist, muss man fragen, woher dies kommt. Selbstverständlich sind die Ursachen solch fundamentaler Herausforderungen unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens vielschichtig. Ich halte es für nicht abwegig, der Hypothese nachzugehen, dass es sich hier um eine neue Suche nach Heilshoffnungen, nach Erzählungen handelt, die von der Last der Kontingenz befreien. Wir erinnern uns an die krisenhaften Einschnitte wie die Covid-19-Pandemie, den Ukrainekrieg und die Energiekrise, den Inflationsschub oder den Krieg im Gazakrieg und seine Rückwirkungen auf die polarisierenden öffentlichen Debatten auch in der Schweiz, die zum Teil tief in unser Lebensgefühl und unsere Lebensweise eingegriffen haben. Die Suche nach neuen Sicherheiten und einfachen Antworten auf die unübersichtliche Lage der Gegenwart führt zu politischen Kurzschlüssen. Wenn von der Politik die Lösung aller Fragen erwartet wird, dann sind die beobachtbaren polarisierenden Entwicklungen auch als Säkularisierungsfolgen zu verstehen. Es fehlen wichtige intellektuelle und emotionale Quellen der Kontingenzbewältigung, die die Politik von zu hohen Erwartungen entlasten könnten.

### **Der Politikwissenschaftler Oliver Hidalgo spricht von einer Paradoxie, nämlich, dass das Bedürfnis an religiöser Identität in den sich zunehmend säkularisierten Gesellschaften Europas nicht etwa sinkt, sondern steigt.<sup>3</sup> Wie erklären Sie dieses Paradoxon?**

Oliver Hidalgo ist ein Vertreter der politischen Theorie und Ideengeschichte. Er wirft immer wieder wichtige Fragen und Themen auf und hat schon so manche gedankliche Paradoxie formuliert. Die empirische Forschung zeigt, dass man den Zusammenhang etwas anders fassen muss – und dann verschwindet die Paradoxie weitgehend. Es ist

---

<sup>3</sup> Hidalgo, Oliver, Religion und Kirchen als Widersacher oder Komplizen des Rechtspopulismus?, in: Schütz, Johannes/ Kollmorgen, Raj/ Schäller, Steven (Hg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Köln 2021, 189-205.

nicht das Bedürfnis nach *religiöser* Identität, sondern nach sozialer oder kollektiver Identität überhaupt, das es in den Blick zu nehmen gilt. Die österreichische Philosophin Isolde Charim hat hellstichtig diagnostiziert, dass die neue Vielfalt unserer Zuwanderungsgesellschaften und die ungeklärte Frage nach dem Umgang damit alte Selbstverständlichkeiten des sozialen Miteinanders aufgelöst haben. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, weil es zu einem gerechteren und freiheitlicheren Zusammenleben beitragen kann, indem ältere Herrschaftsverhältnisse in Frage gestellt werden. Es erzeugt aber doch einen erheblichen Problemdruck. Dieser Problemdruck zeigt sich vor allem in der Frage der sozialen Identitäten und ihres öffentlichen Stellenwertes. Wenn die Selbstverständlichkeiten der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr greifen, eine zunehmende Zahl von Menschen die Erfahrung macht, selbst zumindest gefühlt zu einer Minderheit zu gehören, und Vor- und Nachteile politisch zunehmend entlang von Gruppenzugehörigkeiten vergeben werden, dann stellt sich die Frage nach der eigenen sozialen Identität mit einer neuen Dringlichkeit. Nicht zufällig beobachten wir eine Zunahme von Identitätspolitik in westlichen Demokratien.

### **Welche Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Glaubensgemeinschaften hat dies?**

Das Problem jeder Art von Identitätspolitik ist, dass sie die Bürgerrolle, d.h. das Gemeinsame der in einem Staat zusammenlebenden und zusammenwirkenden Menschen, aushöhlt. Der Sinn für die gemeinsame Verantwortung für das Ganze schwindet, und es zählt nur, welche Identitätsgruppen sich durchsetzen können. Das erschwert sachliche öffentliche Kontroversen als Instrument der Konfliktlösung und Kompromissbildungen in parlamentarischen Verfahren. Das Referendum von Weinfelden spiegelt dieses Identitätspolitikproblem: Auf lokaler Basis wurde ein gangbarer Weg gefunden, die Friedhofsordnung so abzuändern, dass auf die Ausrichtung nach Mekka beim muslimischen Begräbnis Rücksicht genommen werden kann. Die Abstimmung im Gemeinderat erbrachte eine breite Mehrheit für die neue Friedhofsordnung. Sobald die nationale Öffentlichkeit und die politische Instrumentalisierung der muslimischen Identität als prinzipiell nicht zur Schweiz gehörig ins Spiel kommen, kippt die Diskussion und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen gewinnt die Oberhand. Dabei spielen dann nachweislich diffuse Ängste und Bedrohungsgefühle eine entscheidende Rolle, die die Identität der Schweiz durch den sozialen und religiösen Wandel als sehr bedroht erscheinen lassen.

### **Wie können wir als Gesellschaft und als Religionsgemeinschaft dem begegnen?**

Soziale Identitäten sind an sich nichts Schlechtes. Menschen sind auf sie angewiesen, um ihr Verhalten in Gruppen, im Staat und in der Gesellschaft zu koordinieren. Wir haben in einem SNF-Projekt 21 soziale Identitäten in der Schweiz und in Deutschland

vergleichend untersucht, und es hat sich in beiden Ländern gezeigt, dass viele Menschen ihren sozialen Identitäten einen hohen Stellenwert für ihr Selbstverständnis in ihrem sozialen Umfeld beimessen. Im Einzelnen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Identitäten. Die Identitätsangebote im eigenen persönlichen Umfeld von Familie und Freunden schätzen die meisten, die eigene Religionszugehörigkeit als soziale Identität wird hingegen individuell sehr verschieden bewertet. Nicht wenige sprechen ihr keinerlei oder fast keine Bedeutung zu, aber beinahe ebenso viele weisen ihr einen hohen oder sehr hohen Stellenwert zu. Religion liegt daher unter allen Identitäten insgesamt im Mittelfeld der Bedeutung. Hier liegen also unterschiedliche Anknüpfungspunkte einer Politik der Identitäten vor. Wichtig ist, dass vor allem kollektive Identitäten sich als Identitätsmarker verwenden lassen. Das bedeutet, dass entlang der angesprochenen sozialen Identität zwischen 'Wir' und 'die Anderen' getrennt wird. Damit rührt man an sozialpsychologische Grundmechanismen der Gruppenbeziehungen. Da jeder Mensch eine positive Selbstwahrnehmung schätzt und sucht, werden auch Gruppenzugehörigkeiten unter diesem Aspekt bewertet. Sie sollen zur positiven Selbstwahrnehmung beitragen, und das je mehr die eigene Persönlichkeit als schwach oder gefährdet wahrgenommen wird. Wenn eine Gruppenzugehörigkeit bzw. kollektive Identität als gefährdet erscheint, muss, sofern man nicht einfach seine Gruppenzugehörigkeit zugunsten einer besser gestellten Gruppe wechseln kann, nach Mitteln und Wegen gesucht werden, den Wert der eigenen Gruppenzugehörigkeit wieder zu erhöhen. Ein immer wieder dazu eingesetztes Mittel ist die Abgrenzung zu anderen Gruppen. Dazu wird die jeweilige Outgroup als anders, fremd, schlechter oder gar minderwertiger dargestellt. Vorurteile und Diskriminierungen gewinnen die Oberhand. So gerät eine Spirale eigener Statusverbesserung durch Abwertung und Ausgrenzung anderer in Gang. Diese Spirale endet politisch im äussersten Fall in der physischen Gewalt in der Bevölkerung oder zwischen Staaten. Oftmals gibt es in polarisierten Gesellschaften mehrere solcher Spiralen der gegenseitigen Abwertung und Ausgrenzung. Politisch und gesellschaftlich gilt es diese zu erkennen und zu durchbrechen. Es braucht dazu einen Grundkonsens in der Gesellschaft, sich bei allen Unterschieden, die in freiheitlichen Gesellschaften ja gewollt sind, zuerst und vor allem als untereinander gleichwürdig und gleichberechtigt anzuerkennen. Und dieser Grundkonsens muss sich in der Verfassung und den rechtlichen Institutionen spiegeln. Ist es richtig, dass es für kleinere oder neue Religionsgemeinschaften in der Schweiz de facto in nahezu allen Kantonen unmöglich ist, in ein vergleichbares Rechtsverhältnis zum Staat zu treten wie die Landeskirchen? Wir sind also wieder bei der Religionspolitik angelangt.

Noch ein Zusatz sei erlaubt: Ich beobachte mit Sorge, dass die Sozialforschung sich aktuell zu sehr auf den empirischen Nachweis dieser negativen Tendenzen von Vorurteilen, Diskriminierungen und Ausgrenzungen konzentriert. Mit jeder weiteren Umfrage zu Ausgrenzung und Diskriminierung wird das Bild von der breiten Mehrheit der Bevölkerung und der 'politischen Mitte' ein wenig düsterer. Das gilt aktuell besonders in Deutschland. Die Forschung sollte sich vermehrt auch wieder mit den positiven, den gesellschaftsgestaltenden Kräften beschäftigen. Wie muss eine

demokratische Zivilgesellschaft heute beschaffen sein, die nicht in den Antagonismen von rechten oder gar rechtsradikalen exkludierenden und diskriminierenden Überhöhungen der eigenen nationalen Identität oder Kultur einerseits und linksextremistischen Gewaltaufrufen zu Antifaschismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen alle Polizistinnen und Polizisten (ACAB, 1312) andererseits aufgerieben wird?

### **Was fehlt, wenn Religion fehlt?**

Manchen Menschen fehlt nichts, manchen alles – und der Gesellschaft insgesamt ein wichtiger Lebensbereich, der die Politik von kaum zu lösenden Heils- und Sinnerwartungen entlastet. Im Licht der aktuellen identitätspolitisch aufgeladenen Lage erhält das berühmte Böckenförde-Zitat eine neue Dringlichkeit: Wenn die liberale Demokratie auf Voraussetzungen aufbaut, die sie selbst nicht schaffen kann, dann sind die Säkularisierung und Entkirchlichung der Gesellschaft keine Angelegenheit nur der Glaubensgemeinschaften. Der Ausfall speziell des Christentums als kultur- und politiktragender Wertekultur der Gleichheit und Würde aller Menschen müsste zukünftig erst einmal von der Schweizer Gesellschaft kompensiert werden, falls er sich denn in einer nicht allzu fernen Zukunft als umfassend und kaum mehr reversibel herausstellen sollte. Vielleicht könnten sich manche, die aus den Kirchen ausgetreten sind oder sich mit dem Gedanken tragen, die Frage vorlegen, ob ihr oder ihm dieses Fundament des freiheitlichen Gemeinwesens nicht doch lieb und teuer ist.

*Interview: Maria Hässig*